Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Seite 6 Nr. 91. Verantwortlich: Walther Schindler in Leipzig. Mittwoch, den 18. April 1923

Verband sächsischer Industrieller

Hauptversammlung

Syndikus Dr. Johannes März erstattete den Geschäftsbericht. Danach hat sich der Verband im deutschen Wirtschaftsleben im Interesse der Industrie und der Industriellen recht rege betätigt. Hervorgehoben sei, daß März die Forderung, bei größter Sparsamkeit die größte Produktion zu erreichen als in Sachsen besonders schwierig zu verwirklichen ansieht. Die Industrie, die in Sachsen von jeder Mitwirkung an der Leitung der Staatsgeschäfte ausgeschlossen sei (bei ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Staat ein unhaltbarer Zustand), müsse mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die fortgesetzte Unruhe der politischen Verhältnisse im Freistaat Sachsen wirtschaftlich außerordentlich schädlich wirke. Lieferungen auf Zeit, die mit großen Anzahlungen verbunden sind, würden neuerdings sächsischen Firmen deshalb nicht mehr erteilt, weil man außerhalb Sachsens vermutet, daß bestellte Ware und geleistete Anzahlung gefährdet seien. Es wurden schließlich folgende Resolutionen angenommen:

Zur sächsischen Regierungspolitik.

Mit starker Beunruhigung blickt die sächsische Industrie auf die Vorgänge in der sächsischen Regierung und im Landtage. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten besteht die ernste Besorgnis, daß die neue Regierung den Klassenkampf zur Grundlage ihrer Politik machen und lediglich die Vertreterin der sozialistisch-kommunistisch gesinnten Arbeiterschaft sein wird. Sie will in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sich nicht über die Parteien stellen und läßt jede Erklärung über die Hebung der Ausfuhr und andere Erfordernisse einer praktischen Wirtschaftspolitik vermissen. Die sächsische Industrie und das ganze Wirtschaftsleben haben das Schlimmste von einer Regierung zu erwarten, die sich den Kommunisten gegenüber verpflichtet hat, unter dem Namen von Kontrollausschüssen, einer Arbeitnehmerkammer und des proletarischen Ordnungsdienstes Einrichtungen ins Leben zu rufen, die von den kommunistischen Teilnehmern an der Regierungsbildung als Hardhabe zum Bruch der Reichs- und Landesverfassung gedacht sind. Ob die Regierung die Kraft haben wird, diese Einrichtungen in den mit der Verfassung noch zu vereinbarenden Grenzen zu halten, steht dahin. Neue schwere Erschütterungen des ohnehin daniederliegenden Wirtschaftslebens würden die Folge sein, für Sachsen aber eine Diskreditierung vor dem deutschen Volke und der Welt und damit eine Schmälerung des Ansehens und notwendigerweise auch des Kredits und der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft, die gerade jetzt eine vielbewußte Förderung der Produktion mit allen Mitteln und Belebung der Ausfuhrtätigkeit braucht, um die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen. Die Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller erhebt namens der gesamten sächsischen Industrie schärfsten Einspruch gegen jeden Versuch, den Klassenkampf nach kommunistischem Rezept in Sachsen zum Programm zu erheben und Mittel des Staates dafür zu verwenden. Der Verband wird in Vertretung der Interessen der sächsischen Industrie mit allen gesetzmäßigen Mitteln die Abwehr gegen alle Schädigungen des sächsischen Wirtschaftslebens durch kommunistische Experimente aufnehmen und nötigenfals den durch die Reichsverfassung gewährleisteten Schutz beim Reiche nachsuchen, wenn sich zeigt, daß die praktische Durchführung der Richtlinien der neuen Regierung mit der Reichsverfassung in Widerspruch gerät.

Exportförderung.

Die Bekämpfung der täglich mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig die dringendste Aufgabe der Regierungen im Reich und in den Ländern. Bei der großen Ausdehnung des Exportes gerade in der sächsischen Industrie wird das weitere Anschwellen der Arbeitslosigkeit nach Ansicht des Verbandes wirksam bekämpft werden können, wenn nunmehr alle unnötigen Exportbeschränkungen fallen. Die vom Reichswirtschaftsrat beschlossene Herabsetzung der noch bestehenden Abgaben wird nach Ansicht des Verbandes in vielen Fällen nicht genügen; nur eine in Verbindung mit den zuständigen Organisationen aufgestellte Freiliste, die den größten Teil der Waren von der Außenhandels-Zwangswirtschaft und der Umsatzsteuer für die Ausfuhr befreit, und die Erleichterung und Beschleunigung des Prüfungsverfahrens bei den nicht befreiten Artikeln, kann bei der gegenwärtigen Konjunktur neue Aufträge aus dem Auslande hereinbringen. Die Außenhandelskontrolle belastet zum Teil die exportierende Industrie mit sehr fühlbaren unproduktiven Ausgaben, die sie im Wettbewerb mit den Konkurrenzindustrien des Auslandes nicht mehr tragen kann.

Nur bei schleunigster Anpassung unserer Ein- und Ausfuhrpolitik an die ungleich beweglicheren Ausfuhrbestimmungen der Wettbewerbsländer wird die Industrie noch in der Lage sein, die Ausfuhr in dem erforderlichen Umfange zu betreiben. Wenn man bedenkt, daß England und Amerika, Holland und die Tschechoslowakei usw. der exportierenden Industrie und dem Exporthandel sogar Exportkredite usw. gewähren, um ihnen die Eroberung neuer Märkte und die Behauptung der bisherigen zu erleichtern, während die deutsche Industrie neben der schweren Belastung durch die Ausfuhr-Zwangswirtschaft auch viele Vorteile der Vorkriegszeit verloren hat, so wird die Dringlichkeit der Forderung nach einer auf Exportförderung eingestellten zielbewußten Ein- und Ausfuhrpolitik zu einer Lebensfrage für Hunderte von Betrieben, namentlich in Sachsen.

Zur Ruhrpolitik.

Die anläßlich der Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller in Dresden versammelten mehreren 1000 Industriellen Sachsens stellen sich einmütig hinter die Ruhrpolitik der deutschen Regierung. Sie wissen, daß es sich um die Entscheidung des Schicksals des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft handelt, und daß es ihre Pflicht ist, mit ihren Brüdern in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft des Ruhrgebietes durchzuhalten, auch unter den größten Opfern. Wie ganz Deutschland, so sieht auch die sächsische Industrie in dem unbeugsamen Widerstand der Ruhrbevölkerung und in der Durchführung dieses Kampfes seitens des ganzen deutschen Volkes das einzige Mittel, um zu einem tragbaren Frieden und der Aufrechterhaltung unserer nationalen Würde und unserer politischen und wirtschaftlichen Einheit zu gelangen.

In der anschließenden allgemeinen Versammlung sprach der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker über das Wirtschafts- und Reparationsproblem (siehe L. T. Nr. 90, politischer Teil).

Bank- und Geldwesen

* **Die Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe** bleiben für die Zeit vom 18. bis 24. April unverändert.

— **Die Reichsbank verstärkt ihre Golddepots im Auslande.** Der kommende Reichsbankausweis wird laut Vossischer Zeitung eine erhöhte Ziffer (bisher 165 Mill. M) für das Golddepot der Reichsbank im Auslande bringen.

ch **11proz. Saalfelder Stadtanleihe und 12proz. Pößneck Stadtanleihe.** Lt. Mitteilung des Bankgeschäftes Bayer & Heinze wurden die zur Zeichnung aufgelegten Beträge kurz nach Eröffnung der Zeichnung ausverkauft.

* **Neue Stadtanleihe.** Der Stadt Magdeburg wurde die Genehmigung erteilt, 150 Mill. Schuldverschreibungen auszugeben.

* **Das Bankgeschäft Wagner & Co.** in Leipzig teilt mit, daß Herr Emil Trebsdorf als persönlich haftender Gesellschafter in die Firma eingetreten ist. Gleichzeitig wurden die Herren Rudolf Weißenborn und Adolf Hermann zu Gesamtprokuristen ernannt. Handlungsvollmacht wurde erteilt den Herren Alfred Fehler, Reinhold Haufe, Ernst Jeremias, Alfred Kretzschmar, Otto Löscher, Erich Wangermann.

* **Pforzheimer Bankverein, A.-G.** Die a. o. G.-V. beschloß Erhöhung des Aktienkapitals auf 60,9 Mill. M durch Ausgabe von 24 Mill. M Stamm- und 0,9 Mill. M Vorzugsaktien mit 20fachem Stimmrecht, die sofort ausgegeben werden. Die Vorzugsaktien sollen einem Kreise der Bank nahe stehender Herren zu dauerndem Besitz überlassen werden. Von den Stammaktien sollen 12 Mill. M im Verhältnis von 1 : 2 zu 175 Proz. angeboten werden. Die restlichen 12 Mill. M sollen im Interesse der Gesellschaft verwertet werden.

np **Württembergische Hypothekenbank** in Stuttgart. Die G.-V. genehmigte 8 Proz. Dividende sowie die Kapitalserhöhung um 20 auf 60 Mill. M. Den Aktionären soll ein Bezugsrecht im Verhältnis 5 zu 1 zu 300 Proz. eingeräumt werden.

Montanindustrie

— **Die Einfuhr englischer Kohle.** Im Hamburger Hafen sind laut Industrie-Kurier in der Zeit vom 26. März bis 11. April 391 669 t englischer Kohle eingegangen.

— **Aus dem nordwestböhmischen Kohlenrevier.** Der Jahreszeit entsprechend ist der Beschäftigungsgrad der Werke laut Kohleninteressent natürlich geringer als in den vorhergehenden Monaten, denn auch die Ruhraktion hat infolge des inzwischen eingetretenen Stillstandes in der deutschen Industrie die erhoffte Belebung des hiesigen Absatzes nicht gebracht. Der rückgängigen Preisbewegung am deutschen Kohlenmarkte, die allerdings mehr eine politische Seite hat, konnten die hiesigen Werke bisher nicht folgen. — Die tariflichen Verhältnisse erfordern die schnellste Bereinigung, um größere Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Daß die maßgebenden Regierungsorgane gerade in dieser Angelegenheit so wenig tätig sind, muß immer wieder mit Bedauern hervorgehoben werden. Das Karlsbader Revier kann die Förderungen nur durch Belebung des Ausfuhrgeschäftes aufrecht halten, und es bedarf auch da der tatkräftigsten Unterstützung der maßgebenden Regierungskreise. — Die durchschnittliche Tagesverladung in den Revieren Teplitz, Brüx und Komotau ist auf 2600 laufende Wagen (10—20 t Ladegewicht) zurückgegangen.

— **Die Steinkohlenförderung Polnisch-Oberschlesiens** hat in der Woche vom 2. bis 8. April keine Aenderung erfahren. Es wurden, laut Industriekurier, bei einer fördertäglichen Leistung von 76 638 Tonnen insgesamt 383 178 Tonnen gefördert. Davon blieben innerhalb Polnisch-Oberschlesiens 127 264 t. Nach dem übrigen Polen gelangten 215 962 t, nach Deutschland 79 613 t, nach Deutsch-Oberschlesien 29 165 t. Nach dem übrigen Ausland gingen 48 596 t. Die angeforderten 29 469 Wagen wurden sämtlich gestellt. Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche 193 488 t.

* **Poldihütte.** Die Bilanz weist einen Reingewinn von 8,4 Mill. Kr. aus, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Maschinen und Metalle

* **Eine gemeinsame Gründung der AEG. und der Deutschen Werke.** Die AEG. und die Deutschen Werke haben unter der Firma **AEG. — Deutsche Werke eine A.-G.** gegründet. Das Stammkapital der neuen Gesellschaft, die ihren Sitz in Berlin hat, beträgt 110 Mill. M und gehört den beiden Gründergesellschaften je zur Hälfte. Die neue Gesellschaft wird unter Uebernahme der bisherigen Schreibmaschinenfabrikation der AEG. in dem den Deutschen Werken gehörigen Werk Erfurt Schreibmaschinen herstellen.

* **Otto Hetzer, A.-G.,** in Weimar. In der G.-V. wurde eine Dividende von 70 Proz. bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen beschlossen. Ferner wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 000 000 M Stamm- und 2 000 000 M Vorzugsaktien genehmigt. Die Erhöhung ist neben der Vergrößerung der Betriebsmittel zum Erwerb eines Unternehmens der gleichen Branche bestimmt. Die neuen Stammaktien sind von der Deutschen Bank (Filiale Gotha) mit der Verpflichtung übernommen worden, den Aktionären ein Bezugsrecht derart zu gewähren, daß auf je eine alte Aktie eine neue Aktie zu 500 Proz. bezogen werden kann. Die restlichen Stammaktien sollen im Interesse der Gesellschaft bestens verwertet werden. Die neuen Vorzugsaktien werden ebenfalls von der Deutschen Bank (Filiale Gotha) für Rechnung des bisherigen Konsortiums übernommen. Das Stimmrecht der sämtlichen Vorzugsaktien ist ein achtfaches.

* **Maschinenfabrik Moenus, A.-G.,** in Frankfurt a. M. Aus 28,38 (i. V. 8,72) Mill. M Reingewinn sollen für 1922 60 (i. V. 30) Proz. Dividende und 45 (0) Proz. Bonus verteilt werden. 3 Mill. M wurden für Selbstversicherung zurückgestellt. Die Bilanz verzeichnet in Mill. M: Bankguthaben 151,74 (7,76), Vorräte 229,12 (26,8), Debitoren 304,78 (10,12) und Kreditoren 658,79 (44,62).

np **Fusion Linke-Hofmann — Caro.** Am Sonntag finden, wie die Frankfurter Zeitung meldet, Aufsichtsratssitzungen der Linke-Hofmann-Gesellschaft und der Oberschlesischen Eisenindustriegesellschaft statt, auf denen man eine Vollfusion in der Weise erwartet, daß die Caro-Gesellschaft in die Linke-Hofmann-Gesellschaft aufgeht im Verhältnis 1 zu 1 vielleicht unter Ergänzung der Linke-Hofmann-Firma.

* **Fahrzeugfabrik Düsseldorf, A.-G.** Die G.-V. setzte die Dividende auf 50 Proz. fest und beschloß eine Kapitalserhöhung auf 30 Mill. M. 15 Mill. M Stammaktien werden 1:1 zu nicht unter 500 Proz. angeboten, 5 Mill. Mark bestens verwertet und 5 Mill. M sind 8proz. Vorzugsaktien mit achtfachem Stimmrecht.

* **Düsseldorf-Ratinger Maschinen- und Apparatebau-A.-G. (Stammkonzern).** Die a. o. G.-V. beschloß die Umwandlung der 90 Stammaktien über je 1200 M in 100 Stammaktien über je 1000 M und Umtausch von 5 Aktien gegen 6 neue. Weiter wurde das Kapital um 8,3 auf 12 Mill. M erhöht. Auf eine alte wird eine neue Aktie zu 500 Proz. angeboten, 4,6 werden im Interesse der Gesellschaft verwertet.

* **Stock & Kopp, A.-G.,** in Düsseldorf. Die Verwaltung berichtet, daß das Geschäftsjahr 1922/23 in allen Abteilungen sehr gut verlaufen ist, die chemische Abteilung sei die gewinnbringendste gewesen. Es sollen 100 Proz. Dividende verteilt und eine Gratisaktie auf jede alte Aktie gewährt werden. Das Grundkapital soll auf 130 Mill. M erhöht werden (i. V. 10 Proz.).

Textil- und Papiergewerbe

* **Baumwollspinnerei Mittweida.** Die Gesellschaft beruft lt. Inserat für den 9. Mai eine a. o. G.-V. ein, in der u. a. über eine Kapitalserhöhung um nom. 1 Mill. M neue Vorzugsaktien und 5 Mill. M neue Stammaktien mit Dividendenberechtigung für 1922/23 sowie über die Umwandlung der bisherigen 1 Mill. M Vorzugsaktien unter Aufhebung ihrer Vorrechte in Stammaktien beschlossen werden soll. Von den insgesamt 6 Mill. M neuen Stammaktien wird ein Teilbetrag den alten Stammaktionären zu einem in der G.-V. noch zu vereinbarenden Kurse angeboten, derart, daß auf je nominell 2000 M alte Aktien eine junge Aktie über 1000 M bezogen werden kann. Der Restbetrag soll im Interesse der Gesellschaft verwertet werden. Das Grundkapital beträgt zurzeit 9 Mill. M.

br **Zwickauer Kammgarnspinnerei.** Der Aufsichtsrat beschloß, der G.-V. für 1922 eine Dividende von 200 (i. V. 30 plus 10) Proz. vorzuschlagen.

br **Baumwollspinnerei Zwickau.** Laut Beschluß des Aufsichtsrates soll der G.-V. eine Dividende von 200 (i. V. 30 plus 10) Proz. vorgeschlagen werden.

* **Die Deutsch-ukrainische Flachshandels-A.-G. (Duflia)** wurde mit einem bereits voll übernommenen Kapital von 45 Mill. M gegründet. Die Gesellschaft, die ihren Sitz in Breslau hat, wird in erster Reihe die Einfuhr von Flachs und Hanf aus der Ukraine betreiben und übernimmt vertragsmäßig die Abwicklung von Geschäften, die bisher zwischen der Wlokno, Textilrohstoffe-Gesellschaft, G. m. b. H., in Lemberg und der flachs- und hanfverarbeitenden deutschen Industrie direkt getätigt worden sind. Aufsichtsratsvorsitzender ist Friedrich Wilhelm von Plotow in Breslau.

* **Vereinigte Smyrna-Teppich-Fabriken, A.-G.,** in Kottbus. In 1922 stieg der Rohgewinn auf 38,02 (i. V. 3,77) Mill. M. Unkosten erforderten 21,93 (1,21) Mill. M, Abschreibungen 2,21 (0,45) Mill. M. Aus 14,51 (2,02) Mill. M sollen 30 (20) Prozent Dividende verteilt, 2 (0,5) Mill. M für Werkerhaltung zurückgestellt und 5 (0,4) Mill. M für Wohlfahrtseinrichtungen verwandt werden. Die Fabrikation konnte allmählich in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Der Hauptteil der Erzeugnisse ist im Inlande geblieben. Der Erweiterungsbau in der Kottbuser Fabrik ist, soweit er unbedingt notwendig war, ausgeführt, ein größerer Teil der Bauten wegen der hohen Kosten zurückgestellt worden. Die Einfuhr von orientalischen Teppichen war bisher wohl verboten, doch kamen solche über das besetzte Gebiet herein und traten in Konkurrenz zur heimischen Industrie. Nunmehr soll ein hoher Zoll auf orientalische Teppiche wenigstens eine höhere Einnahme fürs Reich bringen. Zurzeit sind die Absatzverhältnisse im Teppichhandel weniger günstig; der Auftragseingang in den ersten Monaten d. J. war schwach. Die Gesellschaft ist aber in den Hauptartikeln noch für die nächste Zeit beschäftigt. Die Bilanz verzeichnet in Mill. M: Vorräte 65,02 (9,86), Debitoren 291,39 (6,96), Besitzwechsel 11,84 (0,55), Kreditoren 182,34 (8,06) und Akzepte 77,1 (0).

* **Chromopapierfabrik Friedrich Elsaß jr., A.-G.,** in Barmen. Der Aufsichtsrat schlägt 100 (10) Prozent Dividende vor. Außerdem soll den Aktionären ein Bezugsrecht auf neue Aktien, die nur mit etwa 100 Proz. begeben werden, gegen Einreichung des Dividendenscheins für 1922 eingeräumt werden. Das Unternehmen hat in allen Abteilungen günstig gearbeitet.

Verschiedene Gesellschaften

ch **Wilhelm Morell, A.-G.,** in Leipzig. Bilanz und Geschäftsbericht gingen uns erst nach der G.-V. zu. Es wurde bereits mitgeteilt, daß aus 21 (i. V. 0,52) Mill. M Reingewinn 40 (10) Proz. Dividende verteilt werden. Für Abschreibungen wurden 22 (0,23) Mill. M verwendet, so daß nunmehr sämtliche Anlagekonten mit je 1 M zu Buche stehen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Umsatz mengenmäßig bedeutend erhöht; trotzdem konnten nicht alle Abnehmer bedient werden, so daß ein bedeutender Auftragsbestand mit in das neue Jahr herübergenommen werden mußte. Die Fabrikation der Rechenmaschine Kuhrt, deren Patent die Gesellschaft erworben hat, befindet sich im Aufbau. Aus der Bilanz ist hervorzuheben: Debitoren erscheinen mit 119,24 (3) Mill. M, die Waren werden, vorsichtig bewertet, mit 76 (6,60) Mill. M ausgewiesen. Demgegenüber stehen Kreditoren mit 90,77 (4,09) Mill. M, sowie ein Interimskonto mit 39,88 (0) Mill. M. Für Körperschaftssteuern wurden 10 Mill. M zurückgestellt.

* **„Union", Fabrik chemischer Produkte,** in Stettin. In 1921/22 ergab sich ein Bruttoüberschuß von 51,23 (i. V. 8,12) Mill. M. Der Reingewinn wird mit 23,1 (3,2) Mill. M ausgewiesen, woraus 75 (15) Proz. Dividende verteilt werden sollen. In dem knapp gehaltenen Vorstandsbericht wird darauf verwiesen, daß Produktion und Absatz zwar der Menge nach gegen das Vorjahr gestiegen sind, trotzdem aber bei weitem nicht die Vorkriegsziffern erreichen. Die stillgelegenen Werke in Grabow, Heiligensee und Memel konnten noch nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. Das Aufgeld aus der letzten Kapitalserhöhung wurde mit 39,77 Mill. M dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Die Vorzugsaktien sind vollgezahlt worden. Die wesentlichen Bilanzposten sind: Schuldner 334,24 (63,26) Mill. M, Waren 40,59 (1,2) Mill. M, Kasse 18,1 (1) Mill. M; demgegenüber 246,83 (24,44) Mill. M Kreditoren. Das Werkerhaltungskonto wurde von 3 auf 10 Mill. M erhöht. Neu erscheint ein Erneuerungskonto mit 25 Mill. M.

* **Chemische Fabrik Weltmar, A.-G.,** in Düsseldorf. Die Verwaltung beantragt für das 1. Geschäftsjahr 50 Proz. Dividende und die Erhöhung des Aktienkapitals auf 12 Mill. M. 8 Mill. M werden den Aktionären 2:1 gratis angeboten, 3 Mill. M bleiben zur Verfügung der Verwaltung.

* **Obberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken, A.-G.,** in Berlin. Die G.-V. setzte die Dividende auf 400 Proz. fest. Den Aktionären ist freigestellt, an Stelle des auf je 25 Stück Dividendenscheine der Stammaktien entfallenden Barbetrages gegen Einreichung bis 23 April eine 5-%-Schatzanweisung des Deutschen Reiches zu fordern. In den Aufsichtsrat wurde Bankdirektor Reinhart (Mitteldeutsche Creditbank in Berlin) neu gewählt. Der Verwaltung wurde die Genehmigung zur Unterversicherung bzw. Selbstversicherung erteilt. Die ersten drei Monate des laufenden Jahres seien befriedigend gewesen; der Absatz sei im allgemeinen noch gut. Bei dem verhältnismäßig kleinen Aktienkapital der Gesellschaft sei auch weiterhin mit einer angemessenen Verzinsung zu rechnen.

* **Julius Berger, Tiefbau-A.-G.,** in Berlin. Die G.-V. setzte die Dividende auf 100 Proz. fest. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Ferdinand Gattel-Dahlem (von der Firma Rawack & Grünfeld, A.-G., Hofrat Kell-Leipzig und Friedrich Flick (von der Charlottenhütte). Zurzeit sei die Gesellschaft gut beschäftigt, allerdings noch nicht so wie vor dem Kriege, und ein Teil des Gerätebestandes der Gesellschaft sei noch nicht in Anspruch genommen. Die Gesellschaft habe sich vor einiger Zeit auch Gebieten zugewandt, die nicht dem eigentlichen Baugewerbe zufallen. Sie bemüht sich im übrigen, wieder Fühlung zum Baugewerbe des Auslandes zu bekommen. Mit der Reichstreuhand-Gesellschaft, den Deutschen Werken und auch mit der Firma Schweizer & Oppler ist die Gesellschaft in enge Verbindung getreten. Die Erweiterung der Interessen dürfte für die Gesellschaft zufriedenstellende Ergebnisse zeitigen. Die Dividende, die für das vergangene Jahr gezahlt wird, sei mindestens auch auf das erhöhte Aktienkapital im neuen Jahre zu erwarten.

* **A.-G. für Beton- und Monierbau** in Berlin. Nach 9,9 (i. V. 2,03) Mill. M Zinsen und 2,07 (0,57) Mill. M Abschreibungen sollen aus 44,04 (2,37) Mill. Mark Reingewinn 100 (25) Proz. Dividende verteilt, 10 (0) Mill. M auf Betriebserhaltung zurückgestellt, 9,7 (0,1) Mill. M für Wohlfahrtseinrichtungen verwandt und 1,84 (0,14) Mill. M vorgetragen werden. Die Betriebe waren insbesondere für Erweiterungsbauten der Industrie gut beschäftigt; die Leistungen sind denen von 1913 nahe gekommen. Der Maschinenpark wurde nach den Bedürfnissen des Betriebes vergrößert. Die Interessengemeinschaft mit der Boswau & Knauer-A.-G. hat sich gut bewährt. Die Bilanz verzeichnet in Mill. M: Materialien 204,45 (4,34), Bauten 474,62 (34,26), Kasse 61,58 (0,38), Bankguthaben 249,45 (3,33), Schuldner 462,85 (12,67), Bankschulden 21,06 (15,22), Anzahlungen auf Bauten 668,44 (22,77), Kreditoren 283,78 (9,67) und Akzepte 117,37 (0).

* **Rheinische Chamotte- und Dinas-Werke** in Mehlem, Rh. In 1922 ist der Reingewinn von 7,99 auf 258,29 Mill. M gestiegen. Die Verwaltung beantragt eine **Dividende** von 2 Goldmark gleich **850 (i. V. 40) Proz.** Für Werkerhaltung werden 30, für Erneuerungen 20 und für Wohnungsbauten 50 Mill. M zurückgestellt. In der Bilanz erscheinen als wichtigste Posten (alles in Mill. M): Roh- und Brennmaterialien sowie Fabrikate 56,63 (10), in Arbeit befindliche Bauten 28,71 (0,27), Kasse 17,1 (2), Außenstände 816,06 (15,56); dem stehen gegenüber 648,19 (14,14) Mill. M Schulden. Im Bericht wird gesagt, daß es gelang (wenn auch nur mit großer Mühe), ohne Bankkredite auszukommen. Wegen ungenügender Belieferung mit deutschen Kohlen mußte teure Saar- und englische Kohle verwendet werden. Die Verhandlungen über die Entschädigung für das sequestrierte Werk Hagendingen stehen vor dem Abschluß. Die Abteilung Ottweiler wurde mit Wirkung ab 1. Januar 1922 verpachtet. Der Ausbau der Werke und die Unabhängigkeit von fremden Rohmaterialien haben zu dem günstigen Ergebnis wesentlich beigetragen. In das neue Geschäftsjahr wurde ein befriedigender Auftragsbestand mit herübergenommen. Die allgemeine Unsicherheit machte es nötig, 17 Mill. M Vortrag mit in das neue Jahr zu nehmen.

* **H. Berthold, Messinglinienfabrik und Schriftgießerei, A.-G.,** in Berlin. Der Aufsichtsrat schlägt 200 Proz. Dividende sowie eine Kapitalserhöhung vor, bei der den Aktionären ein wertvolles Bezugsrecht zu fließen soll.

Leipziger Bankverein Aktiengesellschaft Burgstraße 26.

An- und Verkauf von Wertpapieren
Beleihung von
Vermietung von Schließfächern in unserer feuer- u. einbruchsicheren Stahlkammer
Geschäftszeit: 9—1 Uhr.